

Stuttgart, 05.09.2016

Landespressekonferenz 05.09.2016

Berufsschullehrerverband (BLV): Baustellen der beruflichen Bildung zu Beginn des neuen Schuljahres

- Für die besonderen Bedürfnisse der beruflichen Schulen müssen die Lehrereinstellungsverfahren verbessert werden
- Zur Vermeidung von Unterrichtsausfällen muss eine schulbezogene Vertretungsreserve aufgebaut werden
- Die Befunde der Vergleichsuntersuchung VERA 8 machen Ausgleichsmaßnahmen an beruflichen Schulen notwendig
- Zusatzangebote für leistungsschwächere sowie für leistungsstarke junge Menschen erfordern einen zweiten Berufsschultag
- Zusage einer betriebs- und wohnortnahen Beschulung der Auszubildenden und des Erhalts eines flächendeckenden Netzes beruflicher Schulen muss eingehalten werden
- Kürzung der Stundentafel der VABO-Klassen gefährdet die Integration der jungen Flüchtlinge und muss deshalb rückgängig gemacht werden
- Inklusion muss auch an beruflichen Schulen umgesetzt werden

Für die besonderen Bedürfnisse der beruflichen Schulen müssen die Lehrereinstellungsverfahren verbessert werden

Über 1.300 neue Lehrkräfte können am kommenden Freitag (09.09.2016) ihren Dienst an den rund 300 beruflichen Schulen des Landes antreten. Damit konnten alle durch Pensionierung, Deputatsreduzierung und Elternzeit freigewordenen Stellen wiederbesetzt

werden. Zusätzlich wurde der Stellenbestand wegen der Einrichtung zusätzlicher VABO-Klassen¹ um rund 200 Stellen zeitlich befristet erhöht.

Auf den ersten Blick könnte man aus der Sicht des Berufsschullehrerverbandes mit diesen Quantitäten zufrieden sein. Aber unsere erste Kritik richtet sich gegen das Einstellungsverfahren und gegen die Einstellungsmodalitäten. Auch bei dieser Lehrereinstellung konnten entgegen aller Ankündigungen die Schulen wiederum weniger als 50 % der zu besetzenden Stellen schulbezogen ausschreiben. Dieser Anteil ist entschieden zu gering. Angesichts der Differenziertheit der beruflichen Schulen brauchen wir Lehrkräfte, die passgenau durch die Schulen ausgewählt werden. Wir fordern, dass 80 % der Stellen schulscharf ausgeschrieben werden.

Auch bei dieser Einstellungsrunde erhielt ein Großteil der Lehrkräfte erst in der zweiten Junihälfte im Listenverfahren ein Einstellungsangebot und damit eine Information über den Einstellungsort und den Deputatsumfang. Dies ist entschieden zu spät. Da die Einstellung für die Bewerber oft mit einem Ortswechsel verbunden ist, müssen diese ebenso wie die betroffenen Schulen wegen der Einsatzplanung viel früher Klarheit über die Lehrerzuweisung erhalten.

Kritisch sind nach Auffassung des Verbandes die Einstellungsmodalitäten zu sehen. Die neu eingestellten Lehrkräfte müssen nach wie vor drei Jahre lang eine Kürzung ihrer Eingangsgehälter um 8 % hinnehmen. Zwar ist im Koalitionsvertrag der Wegfall dieser Absenkung vereinbart, aber es ist nicht klar, wie und wann die Rücknahme erfolgen soll. Außerdem werden die in Baden-Württemberg ausgebildeten Lehrkräfte zunächst im Juli 2016 in die Arbeitslosigkeit entlassen und dann erst zum 9. September 2016 wieder eingestellt. Hier fordert der Berufsschullehrerverband schon lange als einheitlichen Einstellungstermin den Beginn des Schuljahres und das ist der 1. August jeden Jahres. Dies sollte auch bei Zeitverträgen gelten.

Die Hoffnung mancher Finanzpolitiker, in den kommenden Jahren könnten die Einstellungszahlen der beruflichen Schulen heruntergefahren werden, ist unbegründet. Die

¹ VABO heißt Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf mit Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen

weitere Entwicklung der Zuwanderung ist derzeit nicht absehbar. Auch decken die bisherigen Lehrereinstellungen im Wesentlichen nur den Ersatzbedarf. Will man die Qualität der beruflichen Bildung im Lande und die Durchlässigkeit des Bildungswesens erhalten und steigern sowie die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag umsetzen, sind weitere erhebliche Bildungsinvestitionen zu tätigen:

Zur Vermeidung von Unterrichtsausfällen muss eine schulbezogene Vertretungsreserve aufgebaut werden

Wenn auch in den letzten Jahren das strukturelle Unterrichtsdefizit schrittweise abgebaut werden konnte, sind die beruflichen Schulen von einer ausreichenden Unterrichtsversorgung noch weit entfernt. Zwar weist die Landesregierung darauf hin, dass für die beruflichen Schulen im Schuljahr 2016/2017 landesweit 310 Deputate für die festinstallierte Vertretungsreserve zur Verfügung stünden², dies ist jedoch lediglich eine Luftbuchung. Solange der Pflichtunterricht aufgrund der strukturellen Unterversorgung noch nicht voll erteilt werden kann, gibt es eine Lehrerreserve nur auf dem Papier. Um Unterrichtsausfälle wegen Erkrankungen, Mutterschutz und Erziehungszeiten zu vermeiden, muss schulbezogen eine Lehrerreserve aufgebaut werden. Das bedeutet, dass jede Schule eine volle Unterrichtsversorgung braucht und zusätzlich einen Zusatzbereich, der pro gebildete Klasse im Vollzeitbereich mindestens eine Lehrerwochenstunde und im Teilzeitbereich eine halbe Lehrerwochenstunde umfasst. Eine ähnliche Regelung gilt bereits seit Längerem für die allgemeinen Gymnasien. Hierdurch entsteht ein Bedarf in Höhe von 416 Lehrerstellen für die beruflichen Schulen.

Die Befunde der Vergleichsuntersuchung VERA 8 machen Ausgleichsmaßnahmen an beruflichen Schulen erforderlich

Die Vergleichsuntersuchung VERA 8³ hat ergeben, dass 67 % der Werkreal- bzw. Hauptschüler, 48 % der Gemeinschaftsschüler und 20 % der Realschüler in Rechtschreibung

² Quelle: Organisationserlass des Kultusministeriums vom 1. März 2016

³ Die Vergleichsarbeiten VERA 8 sind schriftliche Arbeiten in Form von Tests, die den Kompetenzstand von Schülerinnen und Schülern hinsichtlich der länderübergreifend verbindlichen Bildungsstandards im zweiten Schulhalbjahr der Klasse 8 untersuchen.

nicht den Mindeststandard der Klassenstufe 8 erreichen. In Mathematik sind die Ergebnisse noch schlechter. In Mathematik erreichen 84 % der Werkreal- und Hauptschüler nicht den Mindeststandard, bei den Gemeinschaftsschülern sind es 64 % und bei den Realschülern immerhin noch 44 %. Diese Ergebnisse haben uns nicht überrascht. Erfahrungen aus den Eingangsklassen der beruflichen Gymnasien und der Berufskollegs bestätigen, dass viele Absolventinnen und Absolventen der Werkrealschulen – im geringeren Umfang auch aus Realschulen – zwar mit guten Noten aufgenommen werden, im Unterricht aber große Schwierigkeiten haben, die Versetzung zu erreichen. Mit Abgängern von Gemeinschaftsschulen liegen bislang noch keine Erfahrungen vor, doch die Befunde von VERA 8 zeigen in die gleiche Richtung. Probleme zeigen sich nicht nur in Mathematik und Deutsch, sondern auch in den Naturwissenschaften. Deshalb fordert der Berufsschullehrerverband (BLV) schon seit Längerem zusätzliche Wochenstunden in diesen Fächern, um in den Eingangsklassen bestehende Lücken auszugleichen. Innerhalb der normalen Stundentafel können diese Defizite an den beruflichen Schulen nicht mehr ausgeglichen werden. Darüber hinaus sollten in beruflichen Gymnasien und Berufskollegs die Möglichkeiten der individuellen Förderung ausgebaut werden. Auch Werkreal- und Realschüler müssen eine realistische Chance auf den Erwerb höherer Bildungsabschlüsse haben, wenn die Durchlässigkeit des baden-württembergischen Bildungswesens erhalten bleiben soll. Für diese Maßnahmen werden rund 230 Lehrerdeputate benötigt.

Zusatzangebote für leistungsschwächere sowie für leistungsstarke junge Menschen erfordern einen zweiten vollen Berufsschultag

Grün-Schwarz hat im Koalitionsvertrag beschlossen, attraktive Angebote für leistungsschwächere sowie für leistungsstarke junge Menschen zu machen. Um den Berufsschülern ausbildungsbegleitend einen mittleren Bildungsabschluss oder den Erwerb der Fachhochschulreife zu ermöglichen, soll im Rahmen eines Schulversuchs der zweite volle Berufsschultag eingeführt werden. Der Berufsschullehrerverband begrüßt ausdrücklich dieses Vorhaben. Damit könnte der wöchentliche Berufsschulunterricht, der derzeit 13 Wochenstunden umfasst, auf 16 Wochenstunden ausgedehnt werden. In diesem Zeitfenster könnten bei leistungsschwächeren Schülern bestehende Defizite ausgeglichen und bei

leistungsstärkeren Schülern Zusatzqualifikationen (z.B. Mittlere Reife, Fachhochschulreife, Fremdsprachen, berufsbezogene Qualifikationen, Module, die für ein anschließendes Hochschulstudium anrechenbar sind) vermittelt werden. Würde man für ein Drittel der Berufsschüler einen zweiten vollen Berufsschultag einführen, benötigt man rund 350 Deputate.

Zusage einer betriebs- und wohnortnahen Beschulung der Auszubildenden und des Erhalts eines flächendeckenden Netzes beruflicher Schulen muss eingehalten werden

Im Koalitionsvertrag bekennen sich die Koalitionsparteien zu einem flächendeckenden Berufsschulangebot, das eine betriebs- und wohnortnahe Beschulung der Auszubildenden ermöglicht. Um Kleinklassen möglichst zu vermeiden, sollen sogenannte Y-Klassen gebildet werden. Diese erhalten möglichst viel gemeinsamen Unterricht; in Berufstheorie und Berufspraxis muss dann aber die Klasse geklappt (geteilt) werden. Dieses alternative Modell, das die Auflösung von Kleinklassen verhindern soll, ist nicht zum Nulltarif zu haben. Die Möglichkeiten der Ressourceneinsparung durch eine Ausdünnung des Unterrichtsangebots im ländlichen Raum sind bereits jetzt ausgeschöpft.

Kürzung der Stundentafel der VABO-Klassen gefährdet die Integration der jungen Flüchtlinge und muss deshalb rückgängig gemacht werden

Im neuen Schuljahr sollen alle VABO-Klassen nur noch maximal 20 Unterrichtsstunden in der Woche erhalten. Bislang konnten bis 33 Wochenstunden Unterricht erteilt werden. Außerdem wurden die Teilungsstunden halbiert. Durch den Einsatz ehrenamtlicher Helfer soll ein stundenmäßiger Ausgleich erfolgen. Wir halten dies für eine reine Sparmaßnahme. Es ist außerdem eine Illusion zu glauben, man könne pädagogisch ausgebildetes Personal durch den Einsatz von ehrenamtlichen Helfern qualitativ gleichwertig ersetzen. Richtig ist zwar, dass das Erlernen der deutschen Sprache im Vordergrund der Bildungsarbeit stehen muss, aber es ist ebenso unabdingbar, dass die Jugendlichen das deutsche Gemeinwesen verstehen lernen und ihnen sukzessive

Pressemitteilung – Berufsschullehrerverband Baden-Württemberg

einzelne Berufsfelder näher gebracht werden, um eine fundierte Grundlage für eine berufliche Orientierung zu erhalten. Ebenso wenig lassen sich mit 20

Schülerwochenstunden volle Arbeitstage der Berufswelt abbilden. Die Anzahl von 270 jugendlichen Flüchtlingen, die in diesem Ausbildungsjahr eine berufliche Erstausbildung starten, ist entschieden zu gering. Das zeigt, dass es nicht möglich ist, die jugendlichen Flüchtlinge innerhalb eines Schuljahres ausbildungsfähig zu machen. Jetzt auch noch die Stundentafel zu kürzen, ist ausgesprochen kontraproduktiv. Der Berufsschullehrerverband fordert deshalb die Rücknahme der Kürzung der Stundentafel.

Inklusive Beschulung auch an beruflichen Schulen umsetzen

Die inklusive Beschulung von Menschen mit Behinderungen darf nicht durch die Integration von Flüchtlingen in den Hintergrund gedrängt werden. Sie ist eine Verpflichtung, die sich aus der UN-Behindertenrechtskonvention sowie aus dem Schulgesetz ergibt. Nur ganz vereinzelt gibt es an den beruflichen Schulen Sonderpädagogen für Inklusion. Ein Zwei-Lehrer-Prinzip für eine inklusive Beschulung wird im Bereich der beruflichen Schulen nicht umgesetzt. Im kommenden Schuljahr muss hier ein Einstieg erfolgen.

Für 2017 formuliert der Berufsschullehrerverband bereits jetzt den Einstellungsbedarf:

Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung	900 Stellen ⁴
Aufbau einer echten Vertretungsreserve (1. Tranche von 416)	200 Stellen
Übergang in die Oberstufen der beruflichen Schulen gestalten	230 Stellen
Ausweitung des Berufsschulunterrichts	350 Stellen
<u>Einstieg in die inklusive Beschulung an BS</u>	<u>100 Stellen</u>
Einstellungsbedarf insgesamt	1.780 Stellen
<u>./. freiwerdende Stellen</u>	<u>900 Stellen</u>
Neustellen	880 Stellen

⁴ Darüber hinaus müssen alle kw-Vermerke (künftig wegfallende Stellen) wegfallen oder zumindest verlängert werden.

Pressemitteilung – Berufsschullehrerverband Baden-Württemberg

Da bei der Lehrereinstellung ein großer Teil der Bewerber nur ein Teildeputat anstrebt, besteht ein Einstellungsbedarf von rund 2.200 Lehrkräften.

Fazit:

Wenn die Ankündigungen und Vereinbarungen im Koalitionsvertrag ernst gemeint sind, ist auch in dieser Legislaturperiode keine Reduzierung der Lehrerstellen der beruflichen Schulen möglich. Im Gegenteil ist ein weiterer Ausbau des Stellenbestandes um mindestens 880 Stellen erforderlich. Diese zusätzlichen Stellen und die sogenannte demografische Rendite – falls diese überhaupt anfällt – müssen voll dafür genutzt werden, die Qualität der beruflichen Bildung zu steigern und die angeführten Defizite auszugleichen.

* * *

An den beruflichen Schulen werden im laufenden Schuljahr landesweit rund 358.540 Schülerinnen und Schüler unterrichtet.

*

Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg e.V. (Berufsschullehrerverband) vertritt in Baden-Württemberg über 10.000 Lehrerinnen und Lehrer.

*

Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg e.V. (Berufsschullehrerverband) hat im Bereich der beruflichen Schulen in allen Personalvertretungen auf Regierungspräsidiumsebene sowie im Kultusministerium die Mehrheit.

verantwortlich i. S. d. P.
Herbert Huber, Kniebisstr. 7a, 77767 Appenweier

Fon: 07805 910907 Mobil: 0170 5539188
Fax: 07805 910908
Mail: info@blv-bw.de

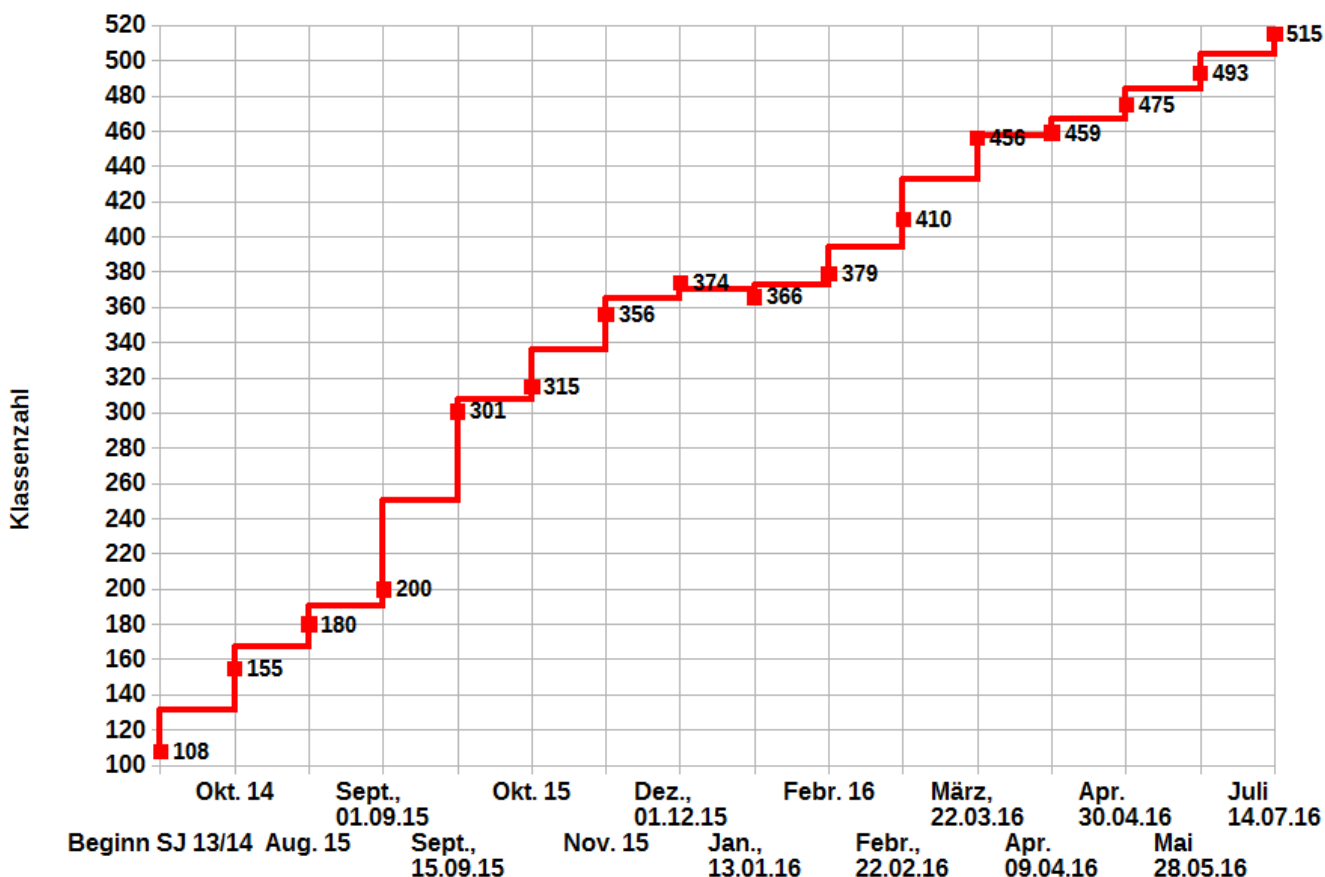
Pressereferent: Friedrich Graser Tel. 0173 669 1106

Ein Foto von Herrn Huber erhalten Sie über folgenden Link:
<https://server.ibg.og.bw.schule.de/~huber/huber.jpg>

Anlage zur PM der LPK vom 05.09.2016

	VABO bis Schuljahr 2015/2016	VABO ab Schuljahr 2016/2017
Max. Unterrichtsstunden je Klasse	30 - 33 Wochenstunden	20 Wochenstunden
Lehrerstunden für Lernberatung und Bildungs- und Berufsplanung	---	2 Wochenstunden
Lehrerstunden für Teilung der Klasse oder Organisation zusätzlicher Angebote	17 Wochenstunden	6 Wochenstunden
Max. Lehrereinsatz	47 – 50 Wochenstunden	28 Wochenstunden

Entwicklung der Anzahl der VABO-Klassen in Baden-Württemberg



Abbau von Kleinklassen seit Schuljahr 2012

